

## Aus der Weltwirtschaftskrise lernen!

Zwei bemerkenswerte Buch-Neuerscheinungen über die Krise 1929—1932

Es sind jetzt 30 Jahre her, daß mit dem Zusammenbruch der New-Yorker Wertpapierbörse (am 29. Oktober 1929) die Weltwirtschaftskrise eingeleitet wurde, und im September erinnerten wir uns mit Schaudern der Tage, an denen vor 20 Jahren der 2. Weltkrieg begann. Die geschichtlichen Zusammenhänge zwischen beiden Ereignissen sind enger, als es auf den ersten Blick erscheinen mag: Der Kriegsausbruch war die Folge unheilvoller nationalsozialistischer Politik; zu den entscheidenden Ursachen des Zusammenbruchs der Weimarer Republik und der, wie es damals hieß, „Machtergreifung“ Hitlers gehört aber die katastrophale wirtschaftliche Entwicklung zu Beginn der dreißiger Jahre. Eine Zunahme der Arbeitslosenzahl von 1929 bis 1932 um mehr als 4 Millionen auf über 6 Millionen, eine Schrumpfung des Volkseinkommens sowie der Industrieproduktion (mengenmäßig) um je rund 40 vH in demselben Zeitraum: Das waren die erschütterndsten Kennzeichen der großen Krise.

Die Fragen, wie es dazu kommen konnte und ob es dazu kommen mußte, sollten auch heute noch von großem Interesse sein; denn die Gefahr einer größeren Krise ist keineswegs aus dem Wirtschaftsleben verbannt, wenn es auch heute vielen wegen der nun schon über 11 Jahre anhaltenden Expansion der Gesamtwirtschaft so erscheinen mag. Diese Entwicklung und der Zustand der Vollbeschäftigung sind aber in erster Linie auf eine Reihe von Faktoren (ungeheurer Nachholbedarf nach dem Kriege, starker Arbeitswillen usw.) zurückzuführen, die außerhalb der amtlichen Wirtschaftspolitik liegen.

In der letzten Zeit sind nun zwei Bücher erschienen, die sich insbesondere mit der großen Wirtschaftskrise beschäftigen und die es verdienen, daß sie eingehend studiert werden. Das eine Buch von *Rolf E. Lüke* behandelt die wirtschaftliche Entwicklung „Von der Stabilisierung zur Krise“<sup>1)</sup>, das andere von *Gerhard Kroll* vor allem die Zeit „Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur“<sup>2)</sup>. Insgesamt wird also die wirtschaftstheoretisch und -politisch außerordentlich interessante Zeit von 1923 bis 1938 untersucht. Während das Schwergewicht des Buches von Lüke bei der Geld- und Bankenpolitik

1) Rolf E. Lüke: Von der Stabilisierung zur Krise. Polygraphischer Verlag AG, Zürich 1958. 363 S. Ln. 29 DM.

2) Gerhard Kroll: Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur. Verlag Duncker und Humblot, Berlin 1958. 744 S. Ln. 56,80 DM.

der damaligen Zeit sowie den Fragen der Reparationen und der Auslandsverschuldung (vor allem Dawes- und Young-Plan) liegt, geht es Kroll in erster Linie um die Rolle der Wirtschaftswissenschaften während der Krise und um die konjunkturpolitischen Maßnahmen und Versäumnisse. Insofern ergänzen sich beide Bücher zeitlich und sachlich, wobei zu erkennen ist, daß die wirtschaftstheoretischen und -politischen Ansichten der Verfasser unterschiedlich sein dürften. Wie es bei solchen umfangreichen und zeitraubenden Forschungsarbeiten heutzutage kaum anders sein kann, sind sie im Auftrage und mit Unterstützung von wissenschaftlichen Instituten geschrieben worden: bei Lüke war es das „Basle Centre for Economic and Financial Research“, Krolls Arbeit wurde im Auftrage des Instituts für Zeitgeschichte mit Unterstützung des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, München, angefertigt.

Die Bedeutung der Reparationen für die Wirtschaftskrise ist von Anfang an von den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden völlig unterschiedlich eingeschätzt worden. Wie damals, so wird auch jetzt wieder in der Zeitschrift *Der Arbeitgeber* behauptet, daß die Reparationen gemeinsam mit der Auslandsverschuldung die *entscheidenden* Krisenursachen gewesen seien<sup>3</sup>). Diese These wird durch die beiden Forschungsarbeiten nicht gestützt, von Kroll wird ihr im Gegenteil sogar ausdrücklich widersprochen. Wenn die Rolle der Reparationen richtig beurteilt werden soll, dann muß freilich — was im *Arbeitgeber* versäumt wird — zumindest zwischen Entstehung und Verlauf der Krise unterschieden werden. Dann erweist sich, daß Reparationen und Auslandsverschuldung auf die Entstehung der Krise keinen entscheidenden Einfluß gehabt haben, daß sie allerdings auf den Verlauf der Krise verschärfend einwirkten. Kroll schreibt dazu: „Völlig irrig ist die Meinung, daß die deutsche Krise eine reine Folge der Reparationslasten und der leichtsinnig aufgenommenen Auslandsanleihen gewesen sei, wie zumeist in der politischen Literatur behauptet wird. Vielmehr haben beide Fakten (Reparationen und Auslandsanleihen) nur außerordentlich krisenverschärfend gewirkt, sie waren jedoch nicht die eigentliche Ursache der deutschen Krise, die ja in ihren Grundzügen mit der gleich schweren Krise in den USA übereinstimmte . . .“ (S. 31). „Es ist für den deutschen Geschichtsverlauf wichtig, sich daran zu erinnern, daß die Wirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten ein rein ökonomisch bedingter Prozeß war, der durch keinerlei politische Faktoren verursacht wurde, aber noch wichtiger ist die Feststellung, daß die Wirtschaftskrise der Vereinigten Staaten sich zur Weltkrise erweiterte und das besonders labile Deutschland ergriff und mit in den Abgrund riß, ohne daß in diesem Zusammenhang politische Motive irgendwelcher Art . . . dafür verantwortlich gemacht werden könnten.“ (S. 53.)

Die Auswirkungen der amerikanischen Wirtschaftskrise setzten indessen erst 1930 mit voller Wucht ein. Wenn die Krise in Deutschland gleichlaufend mit der in den USA bereits 1929 begann — übrigens zu einer Zeit, „da der Kontinent nach längerem Funktionieren des Dawes-Plans sich politisch zu konsolideren schien“ —, dann mußte sie in der eigenen Wirtschaftsentwicklung liegende Ursachen haben. „Von Seiten der Außenwirtschaft lag (jedoch) nicht der geringste Grund für einen Rückgang der deutschen Produktion, Investition und Gewinnbildung vor. Die Erklärung für die eigentlichen Ursachen der deutschen Wirtschaftskrise muß also in einem anderen Bereich als in dem der Reparationen und Auslandsschulden gesucht werden.“ (S. 86.)

Wie erklärt Kroll nun die Ursachen der Krise? Er weist nach, daß bereits 1928/29 der Verbrauch, insbesondere soweit er elastisch war, bei gleichzeitigem Ansteigen der Spareinlagen absinkt, obwohl die Produktionsmöglichkeiten anwachsen. Die Produktion stieß also bei zunehmenden Kapazitäten auf eine abnehmende Nachfrage. Da die Unternehmer infolgedessen mit absinkenden Gewinnerwartungen rechneten, waren sie nicht

3) Vgl. hierzu die Aufsätze von Dr. Paul *Osthold* in der Zeitschrift „Der Arbeitgeber“, H. 3/1959, S. 65 f., H. 5/1959, S. 127 ff. und H. 11/1959, S. 307 ff. sowie die Entgegnungen von Otto *Brenner* in der Zeitung der IG Metall vom 25. Februar 1959 und von Dr. Fritz *Opel* in der Zeitschrift „Der Gewerkschafter“, 4/1959, S. 13 ff.

mehr bereit, in einem Ausmaß neu zu investieren, wie es zur Bildung einer ausreichenden Gesamteinkommenssumme und damit zur Erhaltung des volkswirtschaftlichen Gleichgewichts erforderlich gewesen wäre. Die Rückläufigkeit der Konjunktur wurde dadurch noch verstärkt. In diesem Schrumpfungsprozeß wirkten sich dann sowohl die Ausstrahlungen der amerikanischen Krise als auch die Schwierigkeiten verschärfend aus, die aus dem plötzlichen und starken Abzug der Auslandsgelder sowie dem gleichzeitigen Versiegen der ausländischen Finanzierungsquellen entstanden. Bis dahin aber wurde zwar viel über die Aufbringungs- und Transferproblematik der Reparationen geschrieben, praktisch bestand sie in jenen Jahren (1924/29) jedoch gar nicht, weil die Reparationen, abgesehen von den Sachlieferungen, mit den nach Deutschland infolge der Auslandskredite hereinfließenden Devisen bezahlt werden konnten. Selbst 1929 standen sich noch 2,3 Md. RM Reparationen Auslandskredite (lang- und kurzfristige) in gleicher Höhe gegenüber.

Allgemeiner Nachfrageverfall infolge unzureichender Einkommensbildung auf dem Umweg über nachlassende Investitionstätigkeit sowie infolge zunehmender Sparneigung: Zu einer derartigen Diagnose des Konjunkturverlaufs in den Jahren 1928/29 reichten die damaligen wirtschaftswissenschaftlichen Erkenntnisse und Lehren nicht aus. Die Urteile und Rezepte, die in jenen Jahren und selbst noch während des Höhepunkts der Krise 1932 von den maßgebenden Wirtschaftswissenschaftlern gegeben wurden, mußten die Krise nur verschärfen. Sie befürworteten eine Deflationspolitik; Lohn- und Gehaltsenkungen, verstärktes Sparen, drastische Beschränkung öffentlicher Ausgaben und Erhöhung insbesondere der Steuern, Zinserhöhung waren ihre Rezepte. Genau das Gegenteil davon war damals indessen erforderlich! Es waren vor allem Außenseiter, die in Deutschland eine Wirtschaftspolitik forderten, durch die nach dem heutigen Stand wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnis die Krise hätte behoben werden können, so u. a. *Lautenbach*, *Wagemann*, *Friedlaender-Prechtl* — dessen Arbeitsbeschaffungsprogramm übrigens *Gregor Strasser* für die NSDAP stahl und das später fast wortgetreu verwirklicht wurde, obwohl der Verfasser Halbjude war — und nicht zuletzt der WTB-Plan der Gewerkschaften (benannt nach ihren Urhebern *Woytinski*, *Tarnow* und *Baade*), von dem Kroll meint, daß er neben Lautenbachs Vorschlägen den „am besten durchdachten Arbeitsbeschaffungsplan“ darstellte, der „noch zur Zeit von *Brünnings* Kanzlerschaft vorgelegt wurde“. Die Arbeitgeber- und Unternehmerverbände befürworteten dagegen fast ausschließlich jene Deflationspolitik, die von der Krise zur Katastrophe führte. Dabei hätte nach Ansicht Krolls 1929 die Schaffung einer zusätzlichen Nachfrage von 2 bis 2,5 Md. Mark ausgereicht, um die Krise in Deutschland abzufangen. Was hat uns dagegen das Unterlassen der dafür erforderlichen Maßnahmen gekostet! Aber die maßgebenden Nationalökonomien und die verantwortlichen Politiker standen damals der Krise ahnungs- und hilflos gegenüber.

Auf Grund der Krisenerfahrungen vollzog sich in der Wirtschaftstheorie eine „koperikanische Wende“. Eine neue Wirtschaftslehre, deren namhaftester Vertreter *John Maynard Keynes* ist, gab den Politikern seitdem die Mittel in die Hand, die erforderlich sind, um größere konjunkturelle Krisen zu vermeiden. Wieder sind es die Gewerkschaften, die dieses Instrumentarium in den Katalog ihrer wirtschaftspolitischen Forderungen aufgenommen haben, und wieder sind es Stimmen von der Arbeitgeberseite, die solche gewerkschaftlichen Forderungen ablehnen oder gar, wie die nach einem Nationalbudget oder nach Investitionskontrolle und -lenkung als angebliches Zeichen marxistischen Denkens, verunglimpfen wollen<sup>4</sup>). Sie beweisen damit nur einmal mehr ihre Kurzsichtigkeit.

4) Ebenso wie die Ausführungen von Kroll z. B. die gewerkschaftliche Forderung nach Investitionskontrolle bekräftigen, spricht übrigens u. E. die Schilderung, die Lücke von dem Verhalten der Großbanken während der Bankenkrise im Sommer 1931 gibt, für eine Überführung der Großbanken in Gemeineigentum, zumindest aber für eine Unterstellung der Banken unter eine wirksame öffentliche Kontrolle. Ohne die privatwirtschaftlichen und auch persönlichen Rivalitäten zwischen den Großbanken, freilich auch bei einsichtsvollerer Führung der Reichsbank, hätte die Bankenkrise damals sicherlich gemeistert werden können.